Politik stellt Fragen

Die Parteien unterstützen die Familie Jashari

KUSTERDINGEN (us). Die Politik macht mobil in Sachen Jashari. Nachdem Boris Palmer (Grüne) an das Innenministerium schrieben hat (siehe das „Übrigens“ auf Seite 17), wandte sich Kreisrat Gerhard Bialas (PDS) an das Landratsamt Tübingen und Rita Haller-Haid (SPD) an den Petitionsausschuss. Der Anwalt der Kusterdinger Familie Jashari verwahrt sich gegen eine „Diskriminierung“.

Der Tübinger Anwalt Holger Rothbauer kämpft gerade am Verwaltungsgericht Sigmaringen um das Bleiberecht der Kinder. An der Frage, ob die drei hätten ausgewiesen werden dürfen, ändere auch der „Versuch von Innenminister Schäuble nichts, die Familie als Straftäter zu diffamieren“, so heißt es in der Pressemitteilung.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Rita Haller-Haid hat schon vorigen Freitag eine Petition an den Landtag eingereicht, auf der auch die beiden Pfarrer von Kusterdingen und die beiden Arbeitgeber des Ehepaars auftreten. Sie soll bewirken, dass die Familie wieder nach Deutschland einreisen darf.

Kreisrat Gerhard Bialas (PDS) stellte unterdessen schriftlich vier Fragen an das Tübinger Landratsamt. Er wollte wissen, ob die Abschiebung bekannt gewesen sei, ob es eine Stellungnahme gegeben habe, ob die Kreisverwaltung einer Rückführung der Familie zustimme, ob der Landrat künftig ähnliche Vorgänge verhindern wolle?

Das Landratsamt antwortete inzwischen so: Es werde eine Rückführung der Jasharis nicht unterstützen, weil die Familie nach „geltendem Recht kein Aufenthaltsrecht“ besitze. Das Landratsamt habe von der Abschiebung ausnahmsweise gewusst, weil das Regierungspräsidium noch Informationen benötigt habe. Auf die Frage nach einer Stellungnahme verweist das Amt auf das Schreiben des Innenministeriums. Landrat Albrecht Kroymann antwortete auf die letzte Frage, dass er seine Mitarbeiter angewiesen habe, noch sorgfältiger bei der Verlängerung von Duldungen auf die richtige Frist zu achten, „um Missverständnisse“ zu vermeiden. Außerdem werde er das Land bitten, „notwendige Abschiebungen nicht mehr so kurz vor der Weihnachtszeit zu vollziehen.“